



Wahlprogramm

für die Uniwahlen 2022

Freiburg im Juni 2022

Vorwort

Liebe Kommiliton*innen,

Vom 20. Juli bis zum 26. Juli sind Uniwahlen und Ihr habt die Wahl, wer euch ab dem WiSe 2022/23 im Senat und dem Studierendenrat (StuRa) vertreten wird. Die aktuellen Bemühungen um die Ausrufung des sozialökologischen Notstandes durch die Uni, unterstützt durch den Studierendenrat (StuRa) und die studentischen Senatsmitglieder, verdeutlichen in besonderer Weise, wie wichtig eine gute Studierendenvertretung mit stabilen Positionen ist.

Wir als Juso-Hochschulgruppe treten mit zwei Listen für den StuRa und einer Liste für den Senat an. In diesem Wahlprogramm stellen wir unsere Ziele vor und geben Antworten auf hochschulpolitische und kommunale Fragen. Wir vertreten einen dezidiert allgemeinpolitischen Anspruch, den wir in der Gesellschaft im Allgemeinen und an der Universität im Besonderen umsetzen wollen. Wir bitten Euch bei der Umsetzung unseres Programms um Eure Unterstützung. Nur gemeinsam können wir die Universität verbessern!

Freiburg im Juni 2022,

Eure Juso-Hochschulgruppe Freiburg

Themen

Vorwort.....	2
Themen	3
1. Richtige Schlüsse aus der Corona-Pandemie.....	5
a. Präsenzlehre in den Mittelpunkt - Onlineangebote erhalten und ausbauen	5
b. Solidarität und Dialog beim Pandemiemanagement	5
c. Aufarbeitung psychischer Belastungen.....	6
2. Selbstbestimmtes und unabhängiges Studium	6
a. Keine Studiengebühren!.....	6
b. Für selbstbestimmtes Lernen an der Universität!.....	6
c. Für mehr finanzielle Unabhängigkeit im Studium!.....	7
d. Digitalisierung	7
3. Faire und soziale Arbeitsbedingungen an Hochschulen.....	8
a. Keine Ausbeutung studentischer Hilfskräfte - Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte.....	8
b. Gegen Kettenbefristungen - Reform des WissZeitVG	8
c. Abbau von Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnissen	9
4. Diskriminierungsfreie Uni.....	10
a. Feministische Uni	10
b. Inklusiv Uni.....	11
c. Antifaschismus	11
d. Antirassismus.....	12
5. Bessere Studiensituation in Freiburg.....	12
a. Mehr Arbeitsplätze für Studierende.....	12
b. Mehr bezahlbarer Wohnraum.....	12
6. Klimaschutz an der Uni	13
a. Sozialökologischer Notstand - Verantwortung in der Klimakrise	13
b. Klimaneutrale Uni.....	13
c. Nachhaltige Mensa.....	13
7. Internationale Uni	14
8. Demokratische Uni.....	14
a. Demokratische Uni-Gremien.....	14
b. Aktive und einflussreiche Verfasste Studierendenschaft	15
c. Weg mit dem politisch missbrauchbaren Ordnungsrecht	15
9. Menschenrechte gelten auch an der Uni	15
a. Gegen militärische Forschung an der Uni	15

b.	Internationaler Einsatz für Menschenrechte	16
10.	Wirtschaftsunabhängige und ausreichend grundfinanzierte Uni	16
a.	Ablehnung der Exzellenzstrategie – für bessere Grundfinanzierung.....	16
b.	Gegen übermäßigen Einfluss der freien Wirtschaft	17

1. Richtige Schlüsse aus der Corona-Pandemie

a. Präsenzlehre in den Mittelpunkt - Onlineangebote erhalten und ausbauen

Unsere Universität ist eine Präsenzuni und soll das auch bleiben. Durch den persönlichen Austausch innerhalb und außerhalb von Hörsälen, Seminarräumen oder Laboren entstehen Orte der Begegnung, der Kommunikation und der Vernetzung, welche universitäres Leben auszeichnen. Veranstaltungen, die von Dozierenden über das bloße Bereitstellen von alten Aufzeichnungen oder ähnlichem "gehalten" werden, wollen wir nicht sehen. Wir Studierende haben ein Recht auf aktuelle und in Präsenz gehaltene Lehre.

Die Präsenz ist nicht nur für gutes Lernen wichtig, sondern Bedingung für echte Inklusion und Emanzipation. Sie schafft den Raum für soziales und politisches Engagement und ermöglicht daher das, was wir unter einem Studium verstehen: Nicht nur ein Abschnitt in der eigenen Berufsausbildung, sondern ein Raum der Möglichkeiten in dem wir Studierende uns ausprobieren und weiterbilden können, in denen wir soziales Engagement leben und uns politisieren können. Für die Zukunft von Studium und Lehre steht für uns die Präsenz daher klar im Mittelpunkt.

Das Studieren an der Universität Freiburg sollte in unseren Augen dauerhaft flexibler, aber auch fairer und sozialer aufgestellt sein: Studierende, die an einer Präsenzveranstaltung aufgrund eines Nebenjobs, der Kinderbetreuung, einer Erkrankung oder aus anderen Gründen nicht teilnehmen können, sollten keine Inhalte verpassen, damit sie die gleichen Chancen in Prüfungen bekommen.

Dies muss bedeuten, dass auch weiterhin Vorlesungen nach der Präsenzveranstaltung online zur Verfügung gestellt werden und vorlesungsbegleitendes Material auf den Lernplattformen hochgeladen wird. Die neu erlangten Erfahrungen und Kompetenzen aus dem Onlinestudium der letzten Jahre dürfen nicht wieder verworfen werden. Wir machen uns für den Erhalt der digitalen Lehrtools sowie einen kontinuierlichen Ausbau dieser stark.

Neben dem Präsenzunterricht ist aber auch wichtig anzuerkennen, dass wir uns immer noch in einer Pandemie befinden. Studierende, die aufgrund einer Corona-Erkrankung in der Isolation Seminare verpassen muss die Möglichkeit eröffnet werden, diese nachzuholen, ohne ein ganzes Semester oder sogar Jahr zu verlieren. Mit den aktuellen Regelungen drängt die Uni Studierende, die nicht ein ganzes Jahr wiederholen wollen, infiziert zu Pflichtveranstaltungen zu gehen und gefährdet damit die Gesundheit anderer Studierenden und Lehrpersonen.

b. Solidarität und Dialog beim Pandemiemanagement

Die Uni hat die vergangenen Corona-Semester viele Hebel im Corona-Management bedienen müssen. Viele Entscheidungen waren zum Zweck des Gesundheitsschutzes richtig und wichtig, manche aber auch verfehlt und nicht zu Ende gedacht. Auch wenn der ständige Austausch zwischen Uni-Leitung und studentischen Vertreter*innen stattfand, wünschen wir uns für die künftige Handhabung der Pandemie einen noch weiteren Austausch mit uns Studierenden. D.h. nicht nur die Entscheidungen zu treffen und zu verkünden, sondern aktiver auch auf Studierende zuzugehen und die Angemessenheit und Wirksamkeit von Maßnahmen ständig zu überprüfen.

Im Pandemiemanagement muss auch, trotz veränderten Gefährdungslagen für die Allgemeinheit, Solidarität mit den Menschen aus vulnerablen Gruppen oberstes Gebot sein. Der Schutz dieser Gruppen ist

insbesondere an der Uni, wo es um grundlegende Fragen der individuellen Ausbildungschancen geht, von hervorgehobener Bedeutung. Studierende aus vulnerablen Gruppen, die aufgrund ihrer besonderen gesundheitlichen Gefährdungssituation wichtige Veranstaltungen nicht besuchen wollen oder können, werden strukturell benachteiligt. Wenig eingriffsintensive Schutzmaßnahmen wie das verpflichtende Maskentragen oder Mindestabstände sollten hier frühestmöglich in Erwägung gezogen werden.

Studierende, die aufgrund einer Corona-Erkrankung in der Isolation Seminare oder ähnliche Veranstaltungen verpassen muss die Möglichkeit eröffnet werden, diese nachzuholen, ohne ein ganzes Semester oder sogar Jahr zu verlieren. Mit den aktuellen Regelungen werden Studierende zum Teil dazu gedrängt, infiziert zu Pflichtveranstaltungen zu gehen und damit die Gesundheit anderer Studierenden und Lehrpersonen zu gefährden. Hier müssen Prüfungs- und Vorlesungsregeln weiter flexibel gestaltet sein.

c. Aufarbeitung psychischer Belastungen

Die Pandemie hat aber nicht nur bei der physischen Gesundheit ihre Schäden mit sich gebracht. Monatelange Isolation, ständige Planungsunsicherheit, ein fluktuierender Wechsel von Lehrformaten, fehlende soziale Kontakte, finanzielle und existenzielle Sorgen und vieles weitere hat auch auf psychischer Seite bleibende Schäden hinterlassen. Es liegt neben den höheren staatlichen Stellen auch in der Verantwortung der Uni, diese psychische Auswirkungen zu erfassen und aufzufangen. Wir fordern daher den Ausbau von psychischen Hilfs- und Beratungsangeboten.

2. Selbstbestimmtes und unabhängiges Studium

a. Keine Studiengebühren!

Wir positionieren uns klar gegen die Studiengebühren für internationale Studierende (in Höhe von 1.500 Euro) und für Studierende, die ein Zweitstudium anstreben (in Höhe von 650 Euro im Semester) und fordern deren Abschaffung.

Der Verwaltungsaufwand für die Studiengebühren für nicht EU Bürger*innen steht nicht im Verhältnis zum Nutzen. Studiengebühren widersprechen nicht nur der freien Berufswahl, sondern auch unserer Vorstellung von einer weltoffenen Gesellschaft. Auch bei Zweitstudierenden soll der Zugang zu einem weiteren Abschluss nicht vom Geldbeutel abhängen. Eine Zweitstudiengebühr schafft und befeuert Chancengleichheit.

Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung erfordert das lebenslange Lernen und Flexibilität von Arbeitnehmer*innen. Zweitstudiengebühren behindern die berufliche Neuorientierung und Weiterbildung im Arbeitsleben und benachteiligen Menschen mit weniger Geld.

b. Für selbstbestimmtes Lernen an der Universität!

Enge, durchgetaktete Studienpläne, die ständige Jagd nach ECTS und ausufernde Bürokratie machen Studierenden das Leben schwer. Das eigentliche Ziel eines Studiums – ein umfassend gebildeter, kritisch denkender Mensch zu werden – tritt immer mehr in den Hintergrund und wird nicht selten durch „Bulimielernen“ abgelöst. Deswegen fordern wir freiere Gestaltungsmöglichkeiten für das Studium. Die Anwesenheitspflicht in Vorlesungen und Seminaren ohne relevante Interaktion muss abgeschafft werden, die

Regelstudienzeiten sollten realistisch sein und der durchschnittlichen Studiendauer entsprechen. Bei Studienortswechseln muss die Anerkennung von Leistungen erleichtert werden.

Außerdem fordern wir eine Vereinfachung der An- und Abmeldung für Prüfungen sowie der Masterzulassungsverfahren. Prüfungstermine sollten flexibler gestaltet werden können, z.B. durch Ersatztermine. Jeder und jedem Bachelorabsolvent*in muss ein Masterplatz garantiert werden.

Schließlich fordern wir die Abschaffung der Symptomangabe bei Attesten, da diese in das Persönlichkeitsrecht der Studierenden eingreift und die Entscheidung über die Prüffähigkeit von Ärzt*innen zu medizinischen Laien in Prüfungsämtern verlagert.

Zu einem selbstbestimmten Studium gehört auch die Entscheidung einen Studiengang frei wählen zu können, so fordern wir, dass die Zulassungspraxis überdacht wird und eine den Studienbewerber*innen entsprechende Anzahl an Studienplätzen zur Verfügung gestellt werden. Bis dahin setzen wir uns für eine stärkere Berücksichtigung sozialer Kriterien, ehrenamtlichen Engagements und fachspezifischer Ausgleichsleistungen. Auch Geflüchteten muss der Zugang zu regulärer Hochschulbildung ermöglicht werden.

c. Für mehr finanzielle Unabhängigkeit im Studium!

Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung. Dies ist für uns ein zentraler Grundsatz. Der Zugang zu Bildung muss für alle, unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund, gleichermaßen möglich sein. Sicherheit in der Finanzierung des Studiums ist dafür zentral!

Darum fordern wir eine umfangreiche Reform des Berufsausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) hin zu einem erleichterten Zugang. Jüngste Reformen begrüßen wir, sie reichen aber bei weitem nicht aus, um den erforderlichen Unterstützungsbedarf zu decken. Bezogen zur Einführung des BAföG noch 55% aller Studierenden diese Förderung, sind es heute nur noch 11%. Das ist Ausdruck genug für die Überbürokratisierung und wenig gelungene Reformierung. Wir setzen uns mittelfristig für ein eltern-, alters- und ehepartner*innen-unabhängiges BAföG als Vollzuschuss ein. BAföG muss zentrales Mittel für die gesamtgesellschaftliche Öffnung eines Hochschulstudiums sein. Freibeträge und Bedarfssätze müssen endlich an den realen Bedarfen gemessen werden, insbesondere in Zeiten grassierender Inflation. Die Höchstförderungsdauer sollte sich nicht an der Regelstudienzeit orientieren, sondern realitätsnah an der durchschnittlichen Studiendauer. BAföG muss ein Vollzeitstudium vollständig finanzieren. Dafür aufzuwendende öffentliche Gelder kommen dem Staat mehr als nur zugute, denn Bildung ist das Kapital auf dem unsere Gesellschaft zukunftsfähig gemacht wird.

Andere Kosten für ein Studium, sei es für Weiterbildungsmaster, Eignungstests, außercurriculare Angebote oder kostenpflichtige Zusatzqualifikationen, lehnen wir ab. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Ausfinanzierung der Universitäten ein, um die strukturellen Voraussetzungen für den unbeschränkten Zugang zur Uni herzustellen.

d. Digitalisierung

Die Digitalisierung als gesellschaftlicher Prozess ist in vollem Gange und wir finden es ist Zeit, dass die Universität Freiburg die daraus resultierenden Möglichkeiten aktiv nutzt, um die Lehrqualität und die Chancengleichheit für alle Studierenden zu verbessern.

Die in der Corona-Pandemie verwendeten digitalen Tools in der Lehre wollen wir erhalten und ausbauen. Digitalisierung heißt aber auch, die digitale Infrastruktur besser auszubauen. Wir setzen uns für bessere technische Ausstattung von Hörsälen und anderen Uni-Räumen ein. Genannt seien hier etwa flächendeckende Lademöglichkeiten für die eigenen Geräte und eine breite Abdeckung mit eduroam. Der Bestand der Bibliothek soll fortwährend digitalisiert werden, um Recherchearbeit auch von zuhause oder an anderen Plätzen auf dem Unigelände erledigen zu können. Hier setzen wir uns auch für ein Mehr an open science ein!

3. Faire und soziale Arbeitsbedingungen an Hochschulen

a. Keine Ausbeutung studentischer Hilfskräfte - Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte

Die Arbeit am Lehrstuhl ist für viele Studierende eine gute Gelegenheit, erste Einblicke in die akademische Arbeit zu erhalten und dabei bereits erste Kontakte zu knüpfen. Diese besondere Stellung führt leider zu einer teils problematischen Einstellung: Viele Professor*innen sehen eine Stellenzusage als Akt der Gnädigkeit und erwarten daher unbezahlte Überstunden und spontane Einsatzbereitschaft. Das darf nicht passieren! Wir fordern eine arbeitsrechtliche Stärkung und vertragliche Besserstellung dieses häufig ersten Arbeitsverhältnisses in der akademischen Laufbahn!

Studentische Hilfskräfte haben, anders wie die übrigen nicht verbeamteten Beschäftigten der Uni, keinen Tarifvertrag und arbeiten daher für Gehälter auf Mindestlohniveau. Sie haben lediglich Anspruch auf Urlaub und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf dem gesetzlichen Mindestniveau. Ihr Arbeitsverhältnis gestaltet sich in ständiger Kettenbefristung aus und es gibt keine Ansprüche auf besondere Gehaltszuschläge für Nacht-, Wochenends- oder Feiertagsarbeit, wie es für tariflich Beschäftigte Standard ist. Die Praxis an vielen Lehrstühlen setzt dem zusätzlich zu, da Arbeitszeiten real wenig kontrolliert werden und die prekären Arbeitsverhältnisse mit der ständigen Angst verbunden sind, beim Beanstanden dieser Verhältnisse gegenüber dem*der Vorgesetzten, die wissenschaftlichen Karriereaussichten durch Kündigung oder Nichtverlängerung des Arbeitsvertrages zu verlieren. All dies schafft ein gefährliches Abhängigkeitsverhältnis. Verstärkt wird dies dadurch, dass der Personalrat als Vertretungsorgan aller Beschäftigten durch Gesetz in seiner Interessenvertretung von studentischen Hilfskräften erheblich eingeschränkt ist. Ihm kommt lediglich die Befugnis der "Mitwirkung", nicht der "Mitbestimmung" zu. Niedrige Gehälter wirken außerdem faktisch ausschließend gegenüber Studierenden, die auf existenzsichernden Nebenerwerb angewiesen sind. Sozial schwächer gestellte Studierende sind damit von diesem Einstieg in die akademische Berufslaufbahn ausgeschlossen wodurch ein sozial elitäres System weiter gefördert wird.

Wir fordern daher – zusammen mit der bundesweiten TVStud-Kampagne – eine klare tarifliche Einbindung studentischer Hilfskräfte durch einen eigenen Tarifvertrag. Der Personalrat muss auch bei studentischen Hilfskräften vollbefugt vertreten können, weshalb eine Änderung des § 99 Abs. 3 LPVG notwendig ist. Zur Kontrolle und Aufbrechung von toxischen Abhängigkeitsverhältnissen soll es zudem eine anonyme Anlaufstelle bei Verstößen gegen die im Arbeitsvertrag festgelegten Bedingungen geben.

b. Gegen Kettenbefristungen - Reform des WissZeitVG

Im Raum Freiburg zählt die Uni zu den wichtigsten Arbeitgebern. Unserer Meinung nach geht damit eine große soziale Verantwortung einher. Wir fordern faire Arbeitsverhältnisse für alle Angestellten der Uni Freiburg. Es darf keine Kettenverträge mehr geben, sondern gute Arbeitsplätze für alle, ohne Ausnahme!

Wichtig hierfür ist eine hinreichende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG). Das WissZeitVG setzt aktuell für den gesamten wissenschaftlichen Beschäftigungssektor ein Sonderbefristungsrecht. In der Wissenschaft ist der befristete Arbeitsvertrag die Regel, der unbefristete die Ausnahme. Dies steht im Widerspruch zum regulären Arbeitsmarkt und kann für uns auch nicht damit gerechtfertigt werden, Stellen im akademischen Sektor nachfolgenden Generationen offenzuhalten. Im Gegenteil werden dadurch wissenschaftliche Laufbahnen verhindert!

Die jüngste Evaluation des WissZeitVG zeigt, dass das Gesetz zu Umständen führt, die völlig von der Realität junger Wissenschaftler*innen abweichen. 84% aller nicht beamtenrechtlichen Arbeitsverträge von Wissenschaftler*innen an deutschen Universitäten sind befristet. Die durchschnittliche Vertragslaufzeit sind 17,6 Monate. Für Promovierende, die im Schnitt 5,7 Jahre für Ihre Promotion benötigen, heißt das in ständigen Kettenbefristungen an den Universitäten beschäftigt zu sein. Besondere Vertragsverlängerungsmöglichkeiten wegen der Familienplanung oder gesundheitlichen Gründen werden von den Unis nahezu nicht genutzt. Das setzt besonders menstruierenden Menschen, die Kinder gebären (wollen), enorme Schranken in den wissenschaftlichen Berufsweg. In der Praxis haben wissenschaftlich Beschäftigte wegen der Kettenbefristungen an den Hochschulen 7-8 Arbeitsverträge, bevor sie zu einer festen Stelle oder der Aufgabe des akademischen Berufswegs kommen. Diese erhebliche Planungsunsicherheit führt zu hohen emotionalen Belastungen bis hin zu Existenzängsten und schließt insbesondere Menschen aus, die abseits ihrer wissenschaftlichen Betätigung keinen starken finanziellen Rückhalt durch die Familie oder andere Hintergründe haben. Diese Menschen, die häufig aus Nicht-Akademiker*innenhaushalten stammen, überlegen es sich zweimal, ob sie sich eine akademische Karriere leisten können. Damit gehen Forschung und Lehre viele Menschen mit wichtigen Perspektiven aus anderen sozialen Hintergründen verloren.

Wir halten diese Umstände für untragbar. Das WissZeitVG muss dringend dahingehend reformiert werden, die Rahmenbedingungen auf die Realitäten von jungen Wissenschaftler*innen anzupassen und insbesondere solche zu fördern, die familiär keinen akademischen Hintergrund haben. Dass WissZeitVG muss den akademischen Karriereweg ermöglichen und begleiten, nicht behindern oder gar ganz verhindern.

c. Abbau von Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnissen

Abhängigkeiten finden sich in nahezu jedem Arbeitsverhältnis. In der Wissenschaft sind sie jedoch aufgrund diverser Umstände besonders ausgeprägt und toxisch. Dazu trägt bei, dass junge akademische Karrieren meist direkt vom guten Förderungswillen des*der Vorgesetzten abhängig sind, Kettenbefristungen die Regel sind und die Universität mit dem klassischen Lehrstuhl-System auf stark ausgeprägten Hierarchien aufbaut. Dies ermöglicht häufig den Raum für Machtmissbrauch und ist Einfallstor für Sexismus und Rassismus, da das männlich und weiß dominierte Wissenschaftssystem verstärkt dazu neigt, die oberen Karrierewege Menschen des gleichen Geschlechts und mit den gleichen äußeren körperlichen Merkmalen vorzubehalten.

Als Juso-Hochschulgruppe treten wir daher an allen Stellen übermäßigen und toxischen Abhängigkeitsverhältnissen im wissenschaftlichen Beschäftigungssektor entgegen!

4. Diskriminierungsfreie Uni

a. Feministische Uni

Eine Universität zeichnet sich durch eine Vielfalt verschiedener Individuen, Gruppen und Lebensentwürfen aus, die voneinander lernen und zusammen das Klima der Uni prägen. Leider gibt es in Freiburg noch immer gravierende Ungleichheiten, sodass nicht alle Menschen angemessen vertreten werden. Dies beginnt bei der Gleichstellung der Geschlechter: Obwohl das Verhältnis von weiblichen und männlichen Studierenden mittlerweile nahezu ausgeglichen ist, dominieren in anderen Bereichen wie dem Lehrbetrieb nach wie vor Männer. Nur 26,3% aller Professuren in Deutschland sind weiblich, Baden-Württemberg hat hier mit 22,7% (2019) eine Schlusslichtrolle. Fangen noch gleich viele, wenn nicht sogar mehr weibliche Personen ein Studium an, filtert der Geschlechtertrichter weibliche Wissenschaftler*innen immer mehr aus dem System heraus, je höher die akademischen Stellen und Berufe in Rang und Ansehen werden.

Die Uni muss mehr Bemühungen zeigen, dieser strukturellen Benachteiligung entgegenzuwirken. Wir fordern eine dauerhafte Quote von 50% FINTA*-Menschen (Frauen, Inter Menschen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen und Agender Menschen) im Rektorat, sowie eine Quote von mindestens 40% FINTA*-Menschen bei allen Neuberufungen im Lehrbetrieb. Langfristig sollte ein Anteil von 50% FINTA* Professuren erreicht werden. Ein entsprechender Berufungsleitfaden reicht nicht aus. Auch eine verstärkte Doktorandinnen-Förderung kann die akademische Karriere für Frauen erleichtern. Ferner sprechen wir uns für Instrumente wie das Gender-Budgeting aus, um eine gerechte Verteilung der Mittel zu gewährleisten. Auch unter den Studierenden setzen wir uns für spezielle Förderprogramme für Frauen* ein.

Universitäre Entscheidungsgremien müssen paritätisch und plural besetzt werden. Der Effekt, dass rein männliche Gremien auch eher männliche Wissenschaftler für wichtige Stellen oder Ämter berufen, ist längst hinreichend durch Studien belegt. Mit der Begründungspflicht für nicht-paritätische Wahlvorschläge für Senat und die Fakultätsräte haben wir als Juso-HSG hier schon einen wichtigen Schritt umsetzen können. Dies werden wir weiter ausbauen!

Alltagsdiskriminierung von FINTA*-Personen begegnet uns aber auch baulich. So finden sich etwa im KG1 deutlich weniger "Frauen"-Toiletten als "Männer"-Toiletten und auch die Möglichkeiten zum Urinieren sind in den Räumen zahlenmäßig ungleich verteilt. Wir fordern den Ausbau von Urinierungsmöglichkeiten von FINTA* an der gesamten Uni!

Unsere Uni muss familienfreundlicher werden und allen die Möglichkeit geben, eine akademische Laufbahn mit der Gründung einer Familie zu verbinden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Studierendenschaft mit Quoten in allen Gremien, im AstA und in den Referaten für die Gleichstellung aller Geschlechter kämpft.

An der Uni gibt es Beauftragte für Chancengleichheit und Gleichstellung. Wir fordern ein Überdenken des Selbstverständnisses dieser beiden Beauftragten im Rahmen einer Änderung der Grundordnung der Universität, sodass sich alle Gruppen und alle Menschen an der Uni Freiburg vertreten fühlen können. Sexismus treten wir entschieden entgegen!

Wir positionieren uns klar gegen jede Diskriminierung oder Benachteiligung von Menschen, die sich nicht den binären Geschlechtern zugehörig fühlen und stehen für eine Uni, die allen gleichermaßen zugänglich

ist. In diesem Sinne wollen wir auch eine Anlaufstelle gegen die Diskriminierung von LSBTTIQ* institutionalisieren. Außerdem fordern wir, dass Genderkompetenzen bei Universitätsangestellten gestärkt werden.

b. Inklusive Uni

Auch bei der Inklusion ist noch vieles zu tun. Studieren muss allen Menschen möglich sein und darf nicht für Menschen mit Beeinträchtigung zusätzlich von außen erschwert werden. Über 10 % der Studierenden sind von einer studienrelevanten Beeinträchtigung betroffen. Ein barrierefreies Studium wird nur in wenigen Bereichen gewährleistet.

Wir fordern, dass alle Teile der Universität (Hörsäle, Bibliotheken und Mensen,...) barrierefrei zugänglich gemacht werden. Barrierefreiheit bezieht sich dabei nicht nur auf die bauliche Umwelt, sondern auch auf Kommunikation und Information. Zudem muss den Studierenden die Unterstützung gewährt werden, die sie brauchen. Wir fordern daher die Stelle der*des Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischen Erkrankungen endlich mit den benötigten personellen und sachlichen Ressourcen auszustatten und von 50% auf 100% Vollzeitäquivalente aufzustocken.

Daneben muss der Zugang zu Nachteilsausgleichen bei Prüfungsleistungen für Studierende mit rechtlchem Anspruch erleichtert werden. Hier sind auch die Prüfungsämter in der Pflicht, die bestehenden Möglichkeiten besser und barrierefrei zu kommunizieren. Wir kämpfen für eine Uni, bei der nicht erst die beeinträchtigten Studierenden ihre Rechte einfordern müssen, sondern sie auf einen barrierefreien Raum treffen, in welchem sie von vornherein berücksichtigt werden und bei dem sowohl die bauliche und technische Infrastruktur als auch die Lehre für sich auf die Bedürfnisse unserer Kommiliton*innen angepasst sind.

c. Antifaschismus

Antifaschismus ist Grundwert der Juso-Hochschulgruppen und muss dies auch für die Uni, die Hochschulgemeinschaft sowie die gesamte Gesellschaft sein. Als Juso-Hochschulgruppe kämpfen wir gegen rechtsextreme Burschenschaften und Verbindungen. Wir leisten gezielte Aufklärungsarbeit für unsere Kommiliton*innen über die faschistischen, rassistischen, sexistischen und queerfeindlichen Burschenschaften. Das Konzept männlich-exklusiver Verbindungen lehnen wir ab, da es dem Patriarchat Vorschub leistet und der langfristigen Aufrechterhaltung von Strukturen dient, die andere Geschlechts- und Sexualidentitäten unterdrücken. Das im Mittelpunkt von Verbindungen stehende sog. Lebensbundprinzip lehnen wir als Konstrukt, das soziale Hierarchien und lebenslange Abhängigkeiten schafft, ab. Es widerspricht unserem Bild einer freien und sozialen Gesellschaft.

Auch die Uni hat mit Blick auf ihre NS-Vergangenheit noch einiges an Aufarbeitung zu leisten und darf sich ihrer historischen Verantwortung nicht entziehen. Hier fordern wir eine neue Offensive von öffentlichkeitswirksamer Aufarbeitung. Wir fordern den völkisch-nationalistischen Schriftzug über dem Eingang des KG1 mit Wortlaut "Dem ewigen Deutschtum" zu entfernen oder eine sichtbare historische Einordnung mit kritischer Begleitung zu schaffen. Der Schriftzug stammt aus Zeiten der NS-Herrschaft. Lediglich ein kleines Infoschild am Eingang weist in einem Satz darauf hin.

Auch sonst finden sich in und an Uni-Gebäuden zahlreiche Relikte aus NS- oder Kaiserreichzeit. Die Büsten von Feldherrn und Großherzögen im "Prometheussaal" des KG1 kommen ohne irgendeine kritische

historische Einordnung der Persönlichkeiten und ihrer nationalistischen oder kolonialistischen Handlungen aus. Das ist ein fatales Zeichen, gerade auch an unsere internationalen Kommiliton*innen. Hier treten wir für eine aktive Aufarbeitung und klare öffentliche Klarstellung ein!

d. Antirassismus

Rassismus an der Uni ist leider immer noch trauriger Alltag. Im Studium und beim Studienzugang finden sich alle Formen rassistischer Strukturen wieder: Jeden Tag findet sowohl seitens Studierender als auch seitens des Lehrpersonals Diskriminierung statt. Gerade Letztere ist aufgrund des Machtgefälles zwischen Lehrenden und Studierenden ein besonderes Problem.

Wir fordern daher die Schaffung einer Stelle für Antidiskriminierung und Antirassismus, ähnlich der Gleichstellungsbeauftragten für den Kampf gegen Sexismus. Diese soll als Anlauf- und Beratungsstelle bei rassistischer Diskriminierung dienen und zum Abbau rassistischer Strukturen an der Uni beitragen und Forderungen, wie etwa die Anonymisierung von Prüfungsleistungen voranbringen. Niemand darf aufgrund seiner Hautfarbe oder seines Namens diskriminiert werden und wir setzen uns gegen jede Form des Rassismus ein!

5. Bessere Studiensituation in Freiburg

a. Mehr Arbeitsplätze für Studierende

Die UB ist ein Herzstück studentischen Lebens. Das Schreiben von Hausarbeiten im Lesesaal und gemeinsame Klausurvorbereitung im Parlatorium finden hier genauso Platz wie soziales Miteinander im Café Libresso und Ruhepausen mit schönem Ausblick in den bequemen Sesseln. Bei der Vielfalt an Nutzungsmöglichkeiten verwundert es nicht, dass sich die Bibliothek hoher Beliebtheit erfreut. Dies wird nicht nur an den langen Schlangen für die Kaffeepause, sondern insbesondere auch bei der Platzsuche deutlich. Während es im Lesesaal zumeist noch möglich ist, sich irgendwo dazwischenzuquetschen, wird man als Lerngruppe im Parlatorium häufig enttäuscht. Dieses Problem wird durch den Wegfall der Corona-Maßnahmen und der Platzbegrenzung noch verschärft und macht die Bibliothek in den Klausurenphasen eher zu einem Ort des überfüllten Chaos als des entspannten Lernens. Daher fordern wir eine Ausweitung der nutzbaren Räumlichkeiten und eine Erweiterung der sog. "geschlossenen Sitzgruppen." Diese eignen sich durch die räumliche und akustische Trennung besonders gut für effektive Lernsessions. Die Arbeitsplätze müssen insbesondere im Parlatorium vergrößert werden. Für die Öffnungszeiten der Universitätsbibliothek muss gelten: 24/7! Scanner, Drucker und andere technische Angebote müssen allen Studierenden kostenlos zur Verfügung stehen!

Doch die UB allein kann den Mangel an Arbeitsplätzen nicht beseitigen. Mit der geplanten Fertigstellung der Renovierung des KG II Ende März 2027 und dem Auslaufen der Nutzungsduldung des KG IV im Jahr 2025 fallen im Unizentrum noch mehr Räume weg. Und auch an der Technischen Fakultät oder im Institutsviertel sind Arbeitsflächen zum Teil Mangelware. Wir fordern daher, dass die Uni zeitnah in Verdichtung bestehender Räume und den Aufbau von Ausgleichsflächen investiert. Dabei muss die Arbeitsplatzinfrastruktur auch den neuen Bedürfnissen der Digitalisierung entsprechen. Wir setzen uns für einen Ausbau von Spaces für Videomeetings, eine bessere Ladeinfrastruktur und flächendeckende WLAN-Versorgung ein.

b. Mehr bezahlbarer Wohnraum

Zum Studium gehört mehr als zu lernen und sich weiterzubilden. Die Uni Freiburg sollte ein Ort sein, an dem die gesamten Rahmenbedingungen für Studierende stimmen.

Unhaltbar ist die Wohnungssituation, die sich in Freiburg in den letzten Jahren weiter verschärft hat. Mieten schießen nicht nur in astronomische Höhen, sondern es mangelt allgemein an Wohnraum für Studierende. Wir fordern deshalb mehr Wohnheime und den Ausbau bestehender Wohnheimplätze, die den Anforderungen von Studierenden angepasst sind und bezahlbar bleiben. Die Bestrebungen des Studierendenwerkes, den weiteren Ausbau des Angebots an Wohnheimplätzen bis auf die Verdichtungsmaßnahmen in der StuSie einzustellen, lehnen wir daher entschieden ab. Wir sehen uns bei diesen Fragen auch als Bindeglied zur Kommunalpolitik.

6. Klimaschutz an der Uni

a. Sozialökologischer Notstand - Verantwortung in der Klimakrise

Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für alle. Nach dem jüngsten Bericht des IPCC sind 3,3 - 3,7 Milliarden Menschen akut in ihrem Leben bedroht. Diese sozialökologische Krise muss klar als solche kommuniziert werden. Universitäten kommt dabei als Institutionen der Wissenschaft eine besondere Rolle zu. Sie bilden eine Schnittstelle zwischen Klimaforschung und gesellschaftlichem wie politischem Diskurs. Damit muss auch die Uni Freiburg dieser Verantwortung gerecht werden und die Dramatik der Klimakrise klar in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs tragen. Die Ausrufung des sozialökologischen Notstands, wie es bereits die Freie Universität Berlin getan hat, hätte hier einen nicht zu unterschätzenden symbolischen Effekt. Als Juso-Hochschulgruppe würden wir dies unterstützen, verbunden mit weiteren Maßnahmen, die die eigene Klimaforschung in Freiburg hervorhebt und mit denen die Universität klar gegenüber Gesellschaft und Politik als Akteurin auftritt, die die Dringlichkeit des Kampfs gegen die Klimakrise betont und für mehr Klimaschutz wirbt.

b. Klimaneutrale Uni

Verantwortung in der Klimakrise muss die Universität aber auch in der eigenen Verwaltung übernehmen. Noch immer ist die Uni nicht klimaneutral. Erste Klimaschutzkonzepte, die eine weitere Reduktion der CO₂-Emissionen vorsehen, reichen nicht aus, um die Emissionen der Uni auf eine Nettonull zu reduzieren. Wir fordern von der Uni kräftigere Anstrengungen und zielführende Konzepte, um bis min. 2040 klimaneutral zu werden.

c. Nachhaltige Mensa

Wir sind der Überzeugung, dass Mensen stärker auf die Interessen der Studierenden ausgerichtet sein sollten. Nach wie vor fordern wir, das Angebot durch den Ausbau des vegetarischen und veganen Essens und die Gestattung des „Mensacontainers“ nachhaltiger zu gestalten. Konkret fordern wir, dass jeden Tag ein veganes Hauptgericht angeboten wird. Fleischhaltige Gerichte sollen im Gegenzug nicht jeden Tag angeboten werden. Wir wollen eine Kennzeichnung der Gerichte mit der CO₂-Bilanz erreichen und bessere Allergenzeichnungen sowie allergiker*innenfreundliche Gerichte. Außerdem setzen wir uns für die Wiedereinführung des Abendessens sowie für längere Öffnungszeiten der Mensen ein.

7. Internationale Uni

Gerade in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus kommt internationalem Austausch und dem Knüpfen von Freundschaften über Grenzen hinweg ein besonderer Stellenwert zu. Die Uni Freiburg heißt jedes Semester viele ausländische Studierende willkommen, allerdings bilden sich häufig Gruppen, die wenig Kontakt zu lokalen Studierenden haben. Diese Entwicklung ist sehr bedauerlich, weil hier die Chance des kulturellen Austausches nicht genutzt wird. Durch mehr gemeinsame Veranstaltungen und eine Öffnung der einführenden Ersti-Veranstaltungen wie beispielsweise des Marktes der Möglichkeiten für internationale Studierende möchten wir dieses Problem angehen.

Umgekehrt sollten Auslandsaufenthalte für Freiburger Studierende erleichtert werden: Wir fordern einen Abbau der Bürokratie und die unkomplizierte Anerkennung von Leistungen. Auslandsaufenthalte sollten nicht vom Geldbeutel abhängig sein, daher fordern wir die Ausfinanzierung des Erasmus Programms sowie die Abschaffung von Gebühren, etwa für die Anerkennung. Wir begrüßen zudem eine weltweite Öffnung des Erasmus-Programms.

Wir heißen die Pläne Eucor zu einer Europäischen Universität auszubauen grundsätzlich gut und begrüßen Schritte hin zu einem besser vernetzten Europäischen Hochschulraum. Hier muss jedoch das Angebot für Studierende ausgebaut werden und es sollte allen Studierenden offen stehen. Daher machen wir uns insbesondere für Mobilitätszuschüsse für alle Hochschulangehörigen stark, damit es nicht auf die finanzielle Lage ankommt, ob man zu einem Standort pendeln kann. Wir fordern weitgehende Mitspracherechte der Studierenden, um den Prozess hin zu diesem einmaligen Vorhaben demokratisch und sozial zu gestalten. Wir bekennen uns zur Europäischen Union und wollen die europäische Integration vor Ort vorantreiben.

8. Demokratische Uni

a. Demokratische Uni-Gremien

Studentische Hochschulpolitik lebt von studentischer Mitbestimmung bei den Entscheidungen der Unileitung und in den Uni-Gremien. Ohne angemessene Möglichkeit, studentische Anliegen in die Entscheidungsgremien der Universität einzubringen und durchzusetzen, bleibt Demokratie an unserer Uni nur eine leere Hülse. Als Studierende machen wir mit rund 25.000 den größten Anteil aller Universitätsangehörigen aus. Dieses proportionale Verhältnis spiegelt sich jedoch in keinem Entscheidungsgremium der Uni wieder. Im Senat stehen Studierenden lediglich 5 von 43 stimmberechtigten Sitzen zu. Vergleichbares Verhältnis finden wir auch in den Fakultätsräten, Berufungskommissionen oder anderen wichtigen Gremien. In allen Entscheidungsgremien bilden Professor*innen eine alleinige absolute Mehrheit. Wir halten diese Stimmaufteilung unter sachlichen und demokratischen Gesichtspunkten für nicht gerechtfertigt. Eine professorale Mehrheit, wie sie die höchste Rechtsprechung für wenige sachliche Fragen aktuell verlangt, darf nicht für alle Entscheidungen und Sachfragen gelten. Wir fordern daher mehr studentische Mitglieder in den Entscheidungsgremien und eine grundlegende Reform der Stimmverteilung, abhängig von Gremium und Sachgegenstand. Damit schaffen wir erheblich mehr Einfluss von Studierenden auf sie betreffende Fragen und ein größeres Bewusstsein der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Somit können wir die hochschuleigene Demokratie und das Demokratieverständnis allgemein stärken.

Damit einher geht auch, mehr Transparenz über Gremienentscheidungen zu schaffen. Alle wichtigen Entscheidungsgremien der Uni tagen aktuell im Grundsatz nicht öffentlich. Das ist aus unserer Sicht nur in

Einzelfragen gerechtfertigt. Das Regel-Ausnahme Verhältnis wollen wir hin zur Öffentlichkeit als Regel und der Nicht-Öffentlichkeit als Ausnahme ändern. Auch das entspricht unserem grundlegendem Demokratieverständnis von gelebter Demokratie. Wer Vertreter*innen in Gremien wählt, hat auch einen Anspruch darauf, deren Arbeit öffentlich einsehen und kontrollieren zu können.

b. Aktive und einflussreiche Verfasste Studierendenschaft

Durch die Einführung der Verfassten Studierendenschaft haben die Studierenden der Uni Freiburg endlich eine eigenständige Organisationseinheit und können sich direkter an der Hochschulpolitik beteiligen. Wir wollen die Verfasste Studierendenschaft aktiv und konstruktiv mitgestalten, sie zu einem einflussreichen, bedeutenden Teil der Universität mitentwickeln und den Studierenden eine Stimme geben. Allerdings halten wir das Wahlverfahren des Studierendenrats hinsichtlich der Initiativen, die unabhängig vom erzielten Wahlergebnis nur eine Stimme erhalten, für problematisch. Deshalb streben wir eine Reform des Wahlverfahrens an. Der Stimmenanteil der Initiativen soll sich in der Verteilung der Sitze niederschlagen und die einzelne Stimme muss aufgewertet werden. Langfristig setzen wir uns für die Einführung eines Studierendenparlaments (StuPa) und eines Fachschaftrates ein. Das bedeutet die Trennung der Aufgabebereiche der Fachschaftsvertretungen und der politischen Vertreter*innen. Auf diese Weise wird Hochschulpolitik einerseits transparenter, weil sich das StuPa an der bekannten Struktur der Gemeinde-, Landes- und Bundesparlamente orientieren soll. Sie wird außerdem dadurch belebter, dass Debatten intensiver geführt werden können und sowohl politische Vertretungen als auch Fachschaften ihrem eigentlichen Kernbereich gerecht werden können. Die Verfasste Studierendenschaft muss weiterentwickelt und für alle Beteiligten fair gestaltet werden.

Wir fordern außerdem, dass die Verfasste Studierendenschaft wieder ihr allgemeinpolitisches Mandat zurückerhält.

c. Weg mit dem politisch missbrauchbaren Ordnungsrecht

Mit der Änderung des Landeshochschulgesetzes (LHG) hat die grün-schwarze Landesregierung Ende 2020 das sog. Ordnungsrecht in § 62a des LHG wieder eingeführt. Ungeachtet der sinnvollen Möglichkeiten, bei sexuellen Übergriffen individuelle Sanktionen ergreifen zu können, gefährdet die Einführung des Ordnungsrechts aus unserer Sicht das Recht auf freie Meinungsäußerung an Hochschulen und damit den politischen und demokratischen Diskurs. Mit der Einführung des Ordnungsrechts wäre es nämlich zukünftig möglich, Studierende aufgrund von Handlungen im Rahmen legitimen politischen Protests zu exmatrikulieren. Das ist aus unserer Sicht unverhältnismäßig.

9. Menschenrechte gelten auch an der Uni

a. Gegen militärische Forschung an der Uni

Nur weil sich Forschende auf die Wissenschaftsfreiheit berufen können, befreit sie das nicht davon, international geltende Menschenrechte einzuhalten. Immer wieder fallen in diesem Kontext Forschungsprojekte negativ auf, die ersichtlich militärisch genutzt werden sollen oder können. International investieren Armeen auch an Hochschulen in Forschung, die letztlich in gewaltsamen Konflikten dem eigenen militärischen Vorteil dienen soll. Damit leisten Wissenschaftler*innen internationalen Aufrüstungstendenzen Vorschub, die in Konflikten enden, in welchen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen

Alltag sind. Erst jüngst zeigten investigative Recherchen vielfache Verflechtungen deutscher Hochschulen mit militärischen Hochschulen in China auf. Hier arbeitet in Deutschland betriebene Grundlagenforschung weitgehend unreflektiert einem autoritären System bei dessen Menschenrechtsverletzungen zu, etwa bei der systematischen Überwachung der eigenen Bevölkerung oder der Unterdrückung und Folterung der Uiguren.

Daher ist für uns klar: Forschung darf ausschließlich dem zivilen Nutzen dienen. Die Universität muss bei Forschungsprojekten, die im kritischen Graubereich zwischen zivilem und militärischem Nutzen stattfinden, konsequent handeln und dafür sorgen, militärischer Missbrauchbarkeit auszuschließen. Sie hat hier eine große Verantwortung. Wissen ist Macht und darf nicht in die falschen Hände geraten. Zwar hat die Uni Freiburg in ihrer Grundordnung eine sog. Zivilklausel, d.h. die Selbstverpflichtung zu ausschließlicher Forschung im zivilen Bereich, in der Praxis ist diese jedoch nur sehr intransparent kontrolliert. Wir fordern hier einen jährlichen universitätsoffenen Bericht über kritische Forschungsvorhaben im Sinne effektiver Selbstkontrolle. Die Vergangenheit zeigt, dass auch an der Uni Freiburg militärisch finanzierte und nutzbare Forschung ohne kritische Begleitung betrieben wird. Auch fordern wir, dass die Zivilklausel für alle Mitglieder der Universität gelten muss, egal ob sie an der Uni oder externen Instituten forschen. Hier ist die aktuelle Regelung äußerst lückenhaft. Wer Angehörige*r der Uni Freiburg ist, muss seine*ihre Forschungstätigkeiten auch über die Universität hinaus allein an zivilen Zielen ausrichten! Dazu gehört auch, internationale institutionelle sowie personelle Kooperationen der Uni mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen ständig kritisch zu evaluieren.

b. Internationaler Einsatz für Menschenrechte

Der Uni kommt als zentrale gesellschaftliche Wissenschaftsinstitution neben der Selbstverpflichtung beim Thema Menschenrechte aber auch eine öffentlichkeitswirksame Rolle zu. Aus unserer Sicht muss sich die Uni auch auf internationaler Ebene stark für die Einhaltung von Menschenrechten machen.

10. Wirtschaftsunabhängige und ausreichend grundfinanzierte Uni

a. Ablehnung der Exzellenzstrategie – für bessere Grundfinanzierung

Um eine Gleichberechtigung auch zwischen den einzelnen Universitäten gewährleisten zu können, sprechen wir uns gegen die Exzellenzstrategie im Generellen aus.

Diese sieht vor, bestimmte Universitäten bzw. Universitätenverbände projektbezogen zu fördern. Durch eine solche punktuelle Finanzierung von Forschungsprojekten mit jährlich 533 Millionen Euro (getragen von Bund und Ländern) soll die Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene angekurbelt und die innovative Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Dies hat jedoch zur Folge, dass sich sogenannte "Elite-Unis" bilden und damit ein Zweiklassensystem in der deutschen Hochschullandschaft entsteht. Weiter setzt die die Fördermittelverteilung nach der Exzellenzstrategie völlig falsche Schwerpunkte. Durch den Wettbewerb um herausragende Forschungsprojekten stecken Universitäten unverhältnismäßig viele Gelder und Ressourcen in diese, Geld und Ressourcen die vor allem auf Seiten der Lehre fehlen. Diese ungleiche Ressourcenverteilung verstärkt sich, wenn Universitäten, wie auch die Uni Freiburg, sich mehrfach erfolglos um den Titel der "Exzellenz-Universität" bemühen. Hier bleibt die wichtige Ausbildung von Nachwuchswissenschaftler*innen auf der Strecke.

Wir fordern daher ein Umdenken bei der Vergabe von Fördergeldern. Diese müssen flächendeckend und gerecht in ganz Deutschland verteilt werden. Wir fordern die Mittel in eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen zu stecken und damit neben Forschung auch der Lehre die dringend benötigten Mittel bereit zu stellen.

b. Gegen übermäßigen Einfluss der freien Wirtschaft

Wir sehen den Einfluss der Wirtschaft auf unsere Universität kritisch und setzen uns entschieden für die Freiheit von Forschung und Lehre ein. Forschung und Lehre dürfen sich nicht allein nach den Kapitalinteressen der freien Wirtschaft orientieren. Dies schließt wichtige Perspektiven ohne nennenswertes finanzielles Gewinnpotential aus und schadet einer pluralen Wissenschaftslandschaft.